



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 220.

Freitag, 17. November 1922.

29. Jahrgang.

Ministerium Cuno?

Berlin, 16. November.

Der Reichspräsident hat dem Direktor der Sapag den Auftrag zur Bildung des Kabinetts über Cuno hat den Auftrag angenommen.

SPD. Berlin, 16. November.

Eine Lösung der Kabinettskrise scheint sich langsam anzubahnen. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag vormittag den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, um mit ihm die Möglichkeit einer Lösung der Krise zu besprechen. Cuno erklärte nach Beendigung der Unterredung, zunächst mit den Parteiführern im Laufe des Nachmittags Fühlung nehmen zu wollen und sich dann darüber zu entscheiden, ob er den beabsichtigten Auftrag zur Regierungsbildung übernehme oder nicht.

Am Nachmittag empfing Cuno die Führer der bisherigen Regierungsparteien und Dr. Stresemann von der Volkspartei. Dr. Cuno hat in seinen Gesprächen mit den Parteiführern kein Hehl daraus gemacht, daß er als erste Voraussetzung für die Durchführung einer Kabinettsbildung der Mitarbeit der Sozialdemokratie sicher sein muß, er aber andererseits auch versuchen will, die deutsche Wirtschaft zur Mitarbeit heranzuziehen. Cuno steht auf dem Boden der letzten deutschen Note an die Reparationskommission, der außer von den bisherigen Regierungsparteien auch von der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei zugestimmt wurde. Der sozialdemokratische Unterhändler erklärte Cuno während der Besprechung, daß die Sozialdemokratie die Stabilisierung der Mark als Hauptgrundlage eines eventuellen Regierungsprogramms betrachte.

Cuno will sich noch im Laufe der späten Abendstunden entscheiden, ob er einen eventuellen Auftrag zur Regierungsbildung übernimmt. Falls er sich dazu entschließt, ist zu

erwarten, daß er frühestens erst am Freitag abend oder am Sonnabend vormittag zur Wahl der Minister schreitet. Cuno beabsichtigt, noch im Laufe der Nacht nach Hamburg zu fahren, will aber bereits Freitag mittag 12 Uhr Hamburg wieder verlassen. Seine Reise nach Hamburg erfolgt, um Rücksprache über geschäftliche Angelegenheiten und mit seiner Familie zu nehmen.

Die ersten Schwierigkeiten.

Berlin, 17. November.

Die „Kreuzzeitung“ berichtet: Gestern Abend wurde im Reichstag bekannt, daß Geheimrat Cuno bereits auf die erste Schwierigkeit gestoßen ist. Er will Dr. Stresemann als Außenminister in sein Kabinett aufnehmen. Die Sozialdemokraten sollen jedoch den Führer der Deutschen Volkspartei sehr energisch abgelehnt haben. Dies wird jedoch nicht die einzige Schwierigkeit sein, der Generaldirektor Cuno auf seinem Weg begegnet.

Zentrumsmann Cuno.

Berlin, 17. November.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt: Die Zentrumsfraktion hat in ihrem vorgestrigen Beschluß erklärt, daß sie, wenn sie den neuen Kanzler stellen sollte, wiederum Dr. Wirth präsentieren würde. Geheimrat Cuno ist aber Mitglied des Zentrums. Es muß daher ein Weg gefunden werden, der es dem Zentrum ermöglicht, Cuno trotz des vorgestrigen Beschlusses als Kanzler anzuerkennen. In parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß über diesen Punkt eine Einigung mit dem Zentrum zu erzielen sein dürfte.

französische Konsul Marie, der Kapitän Bascha als Ordnungsoffizier begleitet, versichert, daß keine ernstlichen Zwischenfälle zwischen Türken und Franzosen vorgekommen sind.

England fordert die Dardanellen-Kontrolle.

Paris, 15. November.

Ueber den Inhalt der englischen Orient-Note an Frankreich berichten die Zeitungen, Lord Curzon verlange, daß Frankreich mit Hilfe leistet, falls die Türken in der Meerengen-Frage die Alliierten-Forderungen unberücksichtigt lassen würden. Die englische Regierung müsse die völlige Entmilitarisierung der Dardanellen-Zone fordern. Curzon schlägt ferner die Einziehung einer internationalen Garnison vor, um den Schiffsverkehr in den Dardanellen zu kontrollieren. In der Frage der allgemeinen Wehrpflicht der Türkei wäre die britische Regierung bereit, den Osmanen in Anatolien Rekrutierungsfreiheit zu bewilligen. Für den Schutz der christlichen Minderheiten schlägt die britische Regierung die Einziehung einer internationalen Kommission vor. Weiter wurde die Einziehung eines gemischten Komitees zur Reformierung des türkischen Rechtsystems vorgeschlagen. Alle den Ausländern bisher gewährten Konzessionen müssen aufrechterhalten werden.

Dänische Hilfe für deutsche Kinder.

Der Reichstag bewilligt 50 Millionen Mark.

Kopenhagen, 16. November. (Ein. Drath.)

Der dänische Reichstag hat dem Komitee zur Hilfe für die deutschen Kinder 50 Millionen Mark bewilligt. Die Zahl der eingerichteten Kassenstuben wird sehr erweitert. Männer und Frauen aller Vorkategorien in Dänemark werden aufgefordert, freiwillige Beiträge zu leisten. In den dänischen Gewerkschaften, den sozialdemokratischen Vereinen, sowie in den Genossenschaftlichen Arbeiterunternehmungen werden Sammlungen vorgenommen. Unser Parteiblatt „Sozialdemokraten“ fordert heute in einem großen Artikel alle zur Hilfe für die deutschen Kinder auf.

Unsere dänischen Genossen haben schon während des Krieges in dankenswerter Weise sich der Not der deutschen unternehmenden Kinder angenommen. Daß sie jetzt auch das dänische Parlament bewegen haben, eine erhebliche Summe zur Unterstützung zu bewilligen, verdient besonders dankbare Anerkennung.

Die englischen Wahlen.

Konservative Mehrheit. — Große Erfolge der Arbeiterpartei.

Paris, 17. November.

Die Konservativen werden im Unterhaus über eine absolute Mehrheit verfügen. Die Arbeiterpartei hat einen größeren Sieg davongetragen, als man annahm. Sie wird die zweitstärkste Partei des Hauses sein. Die unabhängigen Liberalen (Asquith-Partei) haben weniger Stimmen auf sich vereint, als man erwartete. Die Nationalliberalen (Lloyd-George-Partei) sehen sich einer ausgesprochenen Niederlage gegenüber. Nach den bisher bekannt gewordenen Ziffern werden die Konservativen 343, die Nationalliberalen 17, die unabhängigen Liberalen 53, die Arbeiterpartei 130 und die anderen Parteien 13 Sitze einnehmen. Colonel Wilson, der Organisationschef der Konservativen im Unterhaus, wurde nicht wieder gewählt. Churchill ist in seinem Wahlkreis von einem Mitglied der Zollschußpartei geschlagen worden.

*

Die Wahlergebnisse, die bisher aus England vorliegen, ergeben eine Stimmenmehrheit für die konservative Partei, die genügt, um einer konservativen Regierung einen von Tageschwankungen und Parteistreitigkeiten nicht beeinflussten Kurs zu ermöglichen. Nach dem Zerfall der Koalition, der die Regierungsrationalisten in das Lager der alten Konservativen Partei zurückdrückte, war das nicht anders zu erwarten. Ebenso deutete die altenglische Zweiparteien-Tradition auf eine Periode der konservativen Herrschaft hin.

England war bisher in der glücklichen Lage, seine große Politik ganz auf die liberale und die konservative Partei einzustellen. Das bedeutete Politik auf lange Frist und eine Politik, die mit Parteifluktuationen nicht zu rechnen hat. In gewissen Zeiträumen lösten die beiden Parteien einander ab. Wenn während des Krieges scheinbar mit dieser Tradition gebrochen wurde und wenn auch bei den letzten Wahlen, den sogenannten Kapitulationswahlen, eine Sammelparole ausgegeben wurde, die liberale und konservative zusammenführen sollte, so war das doch mehr ein Schein. Lloyd George, der Führer dieser Sammelparole, war seiner Tradition nach Liberaler. In seinen Anfängen stand er sogar weit auf dem linken Flügel dieser Partei. Seine Ideen von einer Bodenreform in England, seine Steuerpolitik als Schatzminister, waren von einem Radikalismus, der über die Grenzen Englands hinaus Aufsehen erregte. Wenn er als Ministerpräsident während des Krieges konservativere Bahnen zu wandeln schien, so liegen dem die Einkünfte und Notwendigkeiten des Krieges zugrunde. Tatsächlich hat sich aber gerade unter seiner Ministerpräsidentenschaft ein wirtschaftspolitisches System herausgebildet, das den Arbeiter als gleichberechtigtes Glied zwischen Arbeitgeber und Staat in die Wirtschaftsführung einbezog. Während des Krieges wurde unter den englischen Industriellen oft genug darüber Klage geführt, daß der Staat den Arbeiter benutzte. Und nach dem Kriege wurden die großen Arbeitskräftemangel auf breiter parlamentarischer Grundlage gelöst, auf der Grundlage von Wirtschaftsparlamenten, in denen der Arbeiter als gleichberechtigtes Mitglied im großen Produktionsprozeß seinen Platz fand und in denen er auch Gelegenheit hatte, von dem Arbeitgeber Opfer zu fordern. Auch das deutet mehr auf einen Liberalen, als auf einen konservativen Kurs hin. Und auch die Siege, die Lloyd George während seiner Regierungszeit davongetragen hat, das Einvernehmen mit Irland, die Neuregelung

des Verhältnisses mit den Kolonien, seine Eigenart, internationale Probleme auf interparlamentarischem Wege zu lösen, das alles trägt ausgesprochen liberale Prägung. Wenn also eine Persönlichkeit wie Lloyd George überhaupt parteimäßig eingruppiert werden kann, so muß man ihn dem liberalen Lager zusprechen, und die Zweiparteien-Tradition findet ihre Bestätigung, wenn der Kurs Lloyd Georges jetzt von einer konservativen Regierung unter Bonar Law's Führung abgelöst wird.

Und doch trägt das England der Nachkriegszeit ein wesentlich anderes Antlitz als das England aus der Zeit vor dem Kriege. Das Zweiparteien-System hat zwar noch einmal gefestigt, aber in das englische Parlament ziehen Parteien ein, die in dieses System nicht mehr hineinpassen werden. Zwischen den Konservativen und Liberalen hat sich eine neue Gruppe eingeschoben, die Nationalliberalen, unter Lloyd Georges Führung. Vielleicht wird es einmal der größte Fehler Lloyd Georges in der Geschichte genannt werden, daß er es nicht verstanden hat, sich im rechten Augenblick aus dem politischen Leben zurückzuziehen, sondern daß er um seiner Persönlichkeit willen innerhalb der Liberalen eine Spaltung hervorgerufen hat, die bereits heute das parlamentarische Leben in England unübersichtlich gestaltet und die eines Tages zu schwierigen Konstellationen führen kann, die stets Anzeichen eines verfallenden Parlamentarismus sind.

Die englische Arbeiterschaft allerdings wird sich darüber nicht zu beschweren haben. Sie kann aus der Uneinigkeit der Bürgerlichen nur gewinnen, wie das bereits während der vorliegenden Wahlen der Fall gewesen ist. Denn das Bemerkenswerteste an den englischen Wahlen ist die überraschend große Zunahme der Stimmen für die Arbeiterpartei. Mag die konservative Partei auch noch einmal eine regierungsfähige Mehrheit zusammenbekommen, alles in allem betrachtet, hat sie starke Verluste erlitten, Verluste, die noch größer gewesen wären, wenn nicht die Uneinigkeit der Liberalen ihnen noch einmal den Steigbügel gehalten hätte. Die Arbeiterpartei hingegen hat absolut an Stimmen gewonnen. Sie wird bedeutend mehr Abgeordnete in das Unterhaus schicken als in der vorigen Session. Sie wird bei weitem stärker vertreten sein, als auch künftige Berechnungen angenommen hatten. Das hat seine Ursache in der absoluten Einigkeit der englischen Arbeiterschaft, in dem hervorragenden Zusammenarbeiten zwischen der politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften. Es hat aber auch seine Ursache in der zielbewußten Politik der englischen Arbeiter, die, jedem dogmenhaften Radikalismus fremd, ihr Augenmerk auf die großen Notwendigkeiten des Tages richtet und die keine Sterne vom Himmel herabstreifen möchte, während ihr der Boden unter den Füßen schwankt. In dem Wachstums der englischen Arbeiterpartei, die im Parlament wahrscheinlich die zweitstärkste Partei sein wird, wird auch die konservative Partei Englands nicht vorübergehen können. Es wird sehr wertvoll sein, zu beobachten, wie die beiden Extreme, Altkonservative-Arbeiter, in der Folgezeit die Politik Englands führen werden. Denn in den Händen dieser beiden Gruppen ruht jetzt das Schicksal Englands.

Die Befestigung Thraziens.

Paris, 17. November.

Der Einzug der Kemalisten in die dritte Zone Thraziens ist vollzogen. Am 22. November wird im Einverständnis mit den Alliierten die Befestigung von Gallipoli und Adrianopel durch die Türken vor sich gehen. Bis zum 30. November werden die alliierten Truppen und eine Kommission in Thrazien zurückbleiben. Havas bezeichnet die Haltung der Kemalisten als vorbildlich. Der

Dollar 6400.

Steuerfragen.

Der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit dem neuen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920. Zur Frage der Höchstgrenze für die Gewerbesteuer nahm der Ausschuss eine Entschließung an, in der gesagt wird, daß der Reichsfinanzminister und die Landesregierungen auf ihre Verantwortung hin die Befreiung der Gewerbetreibenden auszuüben haben. Der Reichsfinanzminister wird ersucht, die Frage der Realwertverbessehung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und seine Vorschläge über die Möglichkeit über die Höchstbelastungsgrenze in einer Denkschrift an den Reichswirtschaftsrat darzulegen. Einen breiten Raum in der Besprechung nahm die Frage der Behandlung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer ein. Nach der mit 13 gegen 11 Stimmen angenommenen Entschließung soll von der Umsatzsteuer befreit sein bei Genossenschaften, die einem Revisionenverband angehören und die die gemeinschaftliche Verwertung, den gemeinschaftlichen Einkauf und Absatz von Waren für die Genossen oder die Herstellung von Säulern für dieselben betreiben, derjenige Teil des Umlages, der den für die Erzeugung und Waren der Genossen oder den eingekauften Waren oder den für die Herstellung bezahlten Entgelten entspricht. Der Ausschuss stimmte dem Beschluß des Reichsrats zu, wonach das Reich unter gewissen Bedingungen 75 Prozent der Mehraufwendungen der Länder und Gemeinden für Gehälter und Versorgungsbezüge zu übernehmen hat. Mit 10 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, daß auch die Arbeiterlöhne in die Summe der Mehraufwendungen einbezogen werden. Für die Zwecke der Gemeinden solle zu den reichsgesetzlichen Grundsteuerbeiträgen durch das Reich in Höhe von 50 Prozent der Mehraufwendungen erhoben werden. Für dieselben Zwecke sollen vom Weinbrandwein Zuschläge zum Großhandelspreis in Höhe von 15 Prozent erhoben werden. Die Steuer auf das Falten von Blech wurde gestrichen. Für das Verteilungsverfahren wurde die Höhe der Vorauszahlungen an die Länder auf drei Viertel des im vorausgegangenen Kalenderjahres tatsächlich eingezahlten Steuerbeträges festgesetzt. Zum § 52, der die Verpflichtung des Reiches zur Bereitstellung von Mitteln bei Zuweltung neuer Aufgaben für die Gemeinden behandelt, wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß das vorerwähnte Verfahren, den Ländern und Gemeinden einen Hundertstel der Mehraufwendungen für Befoldungen zu gewähren, nur als eine Nebenmaßnahme aufgehoben werden kann. Den Gemeinden und Ländern sollen alsbald erhöhte Einnahmen zugewilligt werden, die es ihnen ermöglichen, die gesamten Befoldungsaufwendungen unter eigener Verantwortlichkeit und aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Unter diesen Gesichtspunkten kann nach Ansicht des Ausschusses das Reichssteuergesetz nur bis zum 1. April 1926 aufrechterhalten werden.

Mit diesen Vorbehalten und einigen anderen unwesentlichen Änderungen wurde der Gesetzentwurf verabschiedet.

Die neuen Lohnverhandlungen mit den Beamten.

Berlin, 16. November.

Zu den Meldungen, die in der Presse erschienen, daß sich in den Beamtenorganisationen eine Unruhe bemerkbar macht über die Verzögerung der Gehaltsverhandlungen, erzählt die „Telegraphen-Union“, daß die Regierung gemäß ihrem am Anfang dieser Woche gegebenen Versprechen zu Anfang der nächsten Woche, voraussichtlich am Dienstag, die Verhandlungen aufnehmen wird.

Reichstag.

SPD. Berlin, 16. November

Die Aufmerksamkeit der Abgeordneten galt am Donnerstag naturgemäß viel mehr der ungelösten Krise als den Verhandlungen im Sitzungssaal über die Not der Wissenschaft. Die Wandelhalle war belebt von Parlamentariern und Journalisten, die erörterten, wer der kommende Mann sein werde. Unterdessen wurde im Sitzungssaal manche gute Rede über die Notlage der deutschen Wissenschaft gehalten, und mancher gute Vorschlag wurde gemacht. Nur schien die Parteilichkeit durch den Raum. In der Sorge um deutsches Kulturgut gibt es doch viel Einheitsliches zwischen allen Parteien.

Mit einer temperamentvollen, padenden Rede eröffnete Genosse Dr. Moses, ein Mediziner, den Tag. Er mahnte die Kapitalisten Deutschlands an ihre Pflicht gegenüber der deutschen Wissenschaft. Sei die deutsche Großindustrie, seien die deutschen Banken und die großen Landwirte wirklich schon so verarmt, daß sie nicht einige hundert Millionen für die notleidende Wissenschaft ausbringen könnten? Mit den 10 Millionen im Reichshaushaltsplan könne nicht genug geholfen werden. Genosse Moses fand aber auch treffende Worte gegen den Angeist, der an vielen deutschen Hochschulen von vielen Professoren auf die Studenten übertragen wird. Trotz allem aber würden die proletarisierten Studenten den Anschluß an die Arbeiterschaft finden. Mit reichem Material belegte Moses die große Not unserer wissenschaftlichen Institute und vieler Wissenschaftler sowohl an den Hochschulen, wie in der Praxis. Besonders gedachte er auch der proletarisierten Ärzte, die vereinzelt schon zur Fabrikarbeit übergegangen seien. Unter Redner zeigte schließlich die enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und wahrer Wissenschaft: Wissen ist Macht und Wissen schafft Macht!

Manches gute Wort fand auch der Deutschnationaler Straßmann, ein Erlanger Theologieprofessor, der auf dem politischen Gebiete leider ein übler Kämpfer ist. Er teilte u. a. mit, daß viele wissenschaftliche Institute ihren Etat allein für Kohle vorbrauchen. Tiefen Eindruck machte die Rede des Abg. Prof. Schüding. Er verwies der offiziellen Berliner Studentenschaft die Unart, die sie damit begangen hat, daß sie dem größten lebenden Dichter Deutschlands, Gerhart Hauptmann, die schuldige Ehrung verweigerte. Über Herr Schüding ist bekanntlich Republikaner und Faschist, weshalb er bei den „charaktervollen“ Führern der deutschen Studentenschaft ohne weiteres erliegt ist. Mit großer Wärme trat Schüding für die notleidenden Studenten ein, von denen 85 v. H. nicht das Existenzminimum hätten. Beachtenswert ist seine Anregung, Kulturtagungen bei den deutschen Genossenschaften im Auslande zu schaffen. Für die Not der deutschen Wissenschaft konnte auch Schüding erschlauerndes Material vorlegen. So sei das einzige wirklich völkerrichtige Seminar in Deutschland, das Rielter, in Gefahr, geschlossen werden zu müssen, weil ihm 250 000 Mark fehlen. Der Bayerische Volksparteiler Bengerle verlegte den etwas ins Wanken geratenen Ruf vieler deutscher Hochschullehrer wieder herzustellen, indem er darauf hinwies, daß doch bei weitem nicht alle Professoren von monarchistischem Preußengeist und blinder Parteilichkeit befallen seien. Bemerkenswert war seine Mitteilung, daß der Pappi 20 000 Lire zum Studium italienischer Kultur für Deutschland gestellt habe.

Die Interpellationsdebatte wurde abgeschlossen von einer Rede des Zentrumsgenossen Dr. Pfeifer, des jetzigen deutschen Gesandten in Wien, der als Kulturschlichter des Zentrum sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollte, über die Not der Wissenschaft zu sprechen. Er hatte einen guten Tag, und mit Recht erinnerte er daran, wie es nahezu unmöglich gewesen sei, vor dem Kriege die Reichsregierung für Kulturpolitik zu erwärmen, und wie es nun der finanziellen Notlage der Republik inwieweit doch so viel öfter geworden sei. Die Rede des Staatssekretärs Schulz, der ja etw. in der neuen Regierung wirken werde, sei eine gewisse Gewähr dafür, daß für die Wissenschaft das Mögliche getan werde.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Die Kommunisten freieren.

Wie wir bereits mitteilten, hat die Landesleitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Kommunisten die Gewillensfrage gestellt, ob sie bereit seien, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung gemeinsam mit den Sozialdemokraten die sächsische Regierung zu bilden. Es ist eingetreten, was vorauszu sehen war: die Kommunisten brücken sich auch in Sachsen vor der Verantwortung. Als Erwiderung auf die klare Frage unserer Parteileitung haben sie einen Aufruf veröffentlicht, in der sie die Bildung einer Arbeiterregierung fordern, als deren Voraussetzung sie aber eine Reihe von Punkten aufstellen, die zum Teil selbstverständlich sind, zum andern Teil aber augenscheinlich nur den Zweck haben, eine Verständigung vorwärts zu verschieben.

So verlangen sie u. a., daß die sächsische Regierung eine Zwangsankleihe in Höhe von 20 Prozent der Vermögen ausgeben soll, daß die „Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen im Alter von 15 bis 55 Jahren“ ausgesprochen werde, die Produktionskontrolle durch die

Organe des Staates und der Arbeiterschaft, endlich die Bildung von Arbeitermehren und des Verbot der Technischen Not- hülfe für Sachsen ausgesprochen wird. Daneben verlangen sie „Amnestie für Verbrechen gegen §§ 218 und 219 StGB. (Abtrei- bung der Leibesfrucht) unter Ausschluß der Konterrevolutionäre“ und die Vorlage wichtiger Gesetzesvorlagen an Landes-Betriebs- rätetongresse.

Mit Recht macht die „Leipziger Volkszeitung“ darauf auf- merksam, daß den Kommunisten ihre parteigerichtlichen Interessen immer noch höher stehen, als das Wohl der Arbeiterklasse. Un- jer Leipziger Parteiblatt führt weiter aus:

„Die Kommunistenführer verfahren auch hier wieder nach ihrem alten Grundlag, unerfüllbare Forderungen zu stellen, um deren Ablehnung dann zu einer mühen Hege gegen die Arbeitervertreter auszunutzen. Wenn bei- spielsweise von der sächsischen Regierung verlangt wird, daß sie von sich aus eine Zwangsankleihe durchführe, daß sie von sich aus die Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu her- abgesetzten Preisen beschaffe, daß sie in Sachsen die allgemeine Arbeit vllstlich einführe und die Einsetzung der Leno verbiete, oder daß sie sich abhängig mache von der kommunistischen Be- triebsrätezentrale, die nichts hinter sich hat und nur in der Illusion einiger kommunistischer Agitatoren als „Macht- faktor“ erscheint, dann sind das Forderungen, die um so weniger ernst zu nehmen sind, als auch die kommunistischen Landtagsabgeordneten in Sachsen die Unmöglich- keit dieser Bedingungen haben erkennen müssen.“

Die Kommunisten treiben also in Sachsen wie in Lübeck durch ihre phrasenreiche, aber negative Politik den Reaktionsären die Schafe in die Hürden. Da sie selbst nicht ernsthafte Arbeiter- politik treiben wollen und können, so wird die Sozialdemokratie genötigt sein, andere Wege zu suchen, um die Interessen der Ar- beiterchaft nicht unter kommunistischem Eigensinn leiden zu lassen.

Die Militärrenten.

SPD. Amlich wird uns geschrieben:

Die mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 erfolgte Erhöhung der Teuerungszulage nach §§ 7, 8 B.G. von 35 auf 170 v. H. be- deutet für alle Militärrentner, also einschl. der im Er- werbsleben stehenden, eine Verdoppelung der geziel- schaffbaren Versorgungsgehälter. Die gleiche Vergünstigung wird allen übrigen Militärrentnern zuteil, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften schon höhere Zuschüsse bekommen. Das Sterbegeld, die Pflegezulage und die den Blinden zustehenden Unterhaltungskosten für den Führerband werden zum zehnfachen Betrage der Höhe des Reichsversorgungsgesetzes ausgezahlt. Neufeststellungen der Versorgungsgehälter finden im allge- meinen nicht statt. Die Auszahlung der erhöhten Beträge er- folgt im wesentlichen durch die Postanstalten, in Bayern durch die Pensionskassen, und zwar wird für November einschl. der Nachzahlung für Oktober der dreifache Betrag, in Zukunft aber der doppelte Betrag der Renten gezahlt. Die für die Berechnung des Versorgungsrentenbetrages und Versorgungsheftes gel- tenden Höchstätze sind ebenfalls verdoppelt worden. — Gleich- zeitig mit dieser allgemeinen Aufbesserung der Militärrenten sind die im Falle des Bedürfnisses durch die Fürsorgestellen zu gewäh- renden Teuerungszuschüsse und die für ihre Bewilligung maß- gebenden Einkommensgrenzen im Verordnungswege auf das Vier- bis Sechsfache, vom 1. November ab bis zum Jahresende der im Gesetz über Teuerungsmassnahmen für August vorgesehenen Sätze erhöht worden. Der höchste Teuerungszuschuß beträgt demnach neben der Rente für den Monat November beispiels- weise für einen Beschädigten, wenn er nur auf die Rente ange- wiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande ist, 6400 Mk., für eine Witwe unter den gleichen Voraussetzun- gen 4800 Mk., Halbwaisen erhalten 2000 Mk., Vollwaisen 3000 Mk. Ein Elternpaar hat Anspruch auf 2500 Mk., ein Eltern- paar auf 4100 Mk. Der besondere Kinderzuschuß für Beschädigte beträgt 1600 Mk. Die Nachzahlung der Unterschiedsbeträge für den Monat November erfolgt in der zweiten Hälfte des Monats.

Die Kartoffelversorgung.

Die Reichseisenbahn hat in der Zeit vom 1. September bis 11. November 30 Millionen Zentner Kartoffeln mehr befördert wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es sind 267 499 Wagen zu je 15 Tonnen gefüllt und mit 80 649 700 Zentnern Kartoffeln beladen verandt worden. Trotzdem wird man wieder behaupten, die Eisenbahn habe beim Transport der Kartoffeln verlagert. Ein Beweis dafür ist folgender Vorgang: Die Kommerzielle Vereinigung der Ortsgruppe Friemersheim am Niederrhein hatte bei der von Herzbergischen Verwaltung in Lottin Kartoffeln bestellt, die nicht geliefert wurden. Am 18. Oktober antwortete das Herz- bergische Rentamt, die Kartoffeln wären schon längst geliefert worden, wenn man einen Eisenbahnwagen bekommen könnte, der schon vor 14 Tagen bestellt worden sei. Es wäre vielleicht ganz gut, heißt es in dem Brief, „wenn Sie auch von dort aus einmal aufstehend wirken könnten, daß die Schuld an der Ver- zögerung bei Kartoffellieferungen nicht beim Landwirt, sondern

an der Eisenbahn liegt.“ Die Feststellungen der Eisenbahnver- waltung haben ergeben, daß das Herzbergische Rentamt erst- mals am 20. Oktober einen Waggon für Kartoffeln nach Friem- ersheim angefordert hat, der bereits am 21. Oktober gestell- wurde.

Der Düsseldorf Streik.

SPD. Düsseldorf, 16. Novbr. (Eig. Draht.)

Die Streikbewegung dauert fort. Die Zahl der Streikenden ist auf etwa 20 000 Mann zurückgegangen. Die Kommunisten sind befreit, an anderen Orten neue Streiks zu inszenieren. Bisher haben sie damit nur in Duisburg Erfolg gehabt, wo es ihnen ge- lungen ist, das Werk Reinstahl IV stillzulegen. Heute abend findet eine gemeinsame Sitzung der Betriebsräte mit den Ge- werkschaften statt. Die Betriebsräte fordern die Proklamierung des Generalstreiks. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dafür eine Mehrheit sich findet. In Krefeld hat der Regierungspräsi- dent heute die Lohnverhandlungen eröffnet, in denen aber keine Einigung erzielt werden konnte. Während die Arbeiter einen Stundenlohn von 240 M. forderten, erklärten sich die Arbeitgeber nur zur Zahlung von 210 M. bereit. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und sofort ein Schiedsgericht eingesetzt, das vermut- lich noch heute einen Spruch fällen wird, der unbedingt verbind- lich sein soll.

SPD. Dortmund, 16. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Am Freitag soll hier in einer Versammlung der bekannte Münchener Nationalsozialist Esser referieren. Die Polizei hat die Versammlung verboten. Es verlautet aber, daß die National- sozialisten entschlossen sind, die Versammlung trotzdem abzuhal- ten. Eine Hundertschaft Nationalsozialisten soll Esser nach Dort- mund begleiten. Diese Meldung läßt auf enge Verbindungen zwischen den Führern der Krawalle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den Münchener Nationalsozialisten schließen.

Kommunisten und Nationalsozialisten.

SPD. München, 16. November. (Eig. Draht.)

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen heute die aufsehenerregende Meldung, daß nach amtlichen Feststellungen der rechtsradikale Bund „Oberland“ seit Juli 1921 durch den Ab- geordneten Otto Graf mit der Kommunistischen Partei in Ver- bindung gestanden habe. Hauptmann Römer habe ihn wieder- holt unter falschen Namen zu Sitzungen des Bundes mitgenom- men. Negeblisch soll Graf auch geldliche Unterstützungen erhalten haben.

Der in Haft befindliche Oberland-Führer Römer wird be- schuldigt, gegen Ehrhardt einen Mordversuch unternommen zu haben.

Pfarrer Traub, der Chefredakteur der „München-Augsbur- ger Abendzeitung“ hat seine Behauptungen, daß anlässlich eines Empfanges beim Reichspräsidenten die englische und französische Nationalhymne gespielt worden sei, mit dem Ausdruck des Be- dauerns zurückgenommen. Der Reichspräsident hatte bekanntlich gegen den deutschnationalen Verleumder Straßantrag gestellt und der Staatsgerichtshof hatte das Verfahren gegen Pfarrer Traub eingeleitet.

Das Scheidemannattentat.

Leipzig, 16. November.

Nunmehr ist vom Reichsgericht und Oberreichsanwalt Straf- antrag gegen den Kaufmann Hüster aus Elberfeld und Landwirt Karl Dehlschlager aus Althammer bei Cosel in Ober-Sachsen wegen des Mordattentates auf den Oberbürgermeister Scheide- mann gestellt und die Anklageschrift eingereicht worden. Der Verhandlungstermin wird voraussichtlich auf Anfang Dezember festgesetzt werden.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigt.

sich am Donnerstag mit einem Antrag unserer Genossen, der dem Vermieter nur dann ein Recht zur Aufhebung des Miets- verhältnisses gibt, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein so dringliches Interesse an der Erlangung des Mietsraumes besteht, daß die Zurückhaltung eine schwere Unbilligkeit be- deuten würde. Der Wunsch des Vermieters, die Wohnung selbst in Gebrauch zu nehmen oder einem Angehörigen zu überlassen, soll kein Grund zur Aufhebung des Mietverhält- nisses sein. Der Erwerb eines Grundstückes soll erst nach drei Jahren aus dem oben angeführten Grunde das Recht zur Aufhebung des Mietvertrages erhalten. Eine Ausnahme wird gemacht, wenn der Erwerb des Grundstückes im Wege der Zwangsversteigerung zur Vermeidung des Ausfalles einer aus dem Grundstück eingetragenen Forderung erfolgt ist. In übrigen soll die Aufhebung des Mietverhältnisses erst dann anerkannt werden dürfen, wenn der bisherige Mieter in der Besitz von Ersatzräumen gelangt ist. In der Diskussion über diesen Antrag machten sämtliche bürgerlichen Parteien starken Widerspruch geltend. Die Beschlußfassung wurde ausgetrich- Rudolf Ajetten, der berühmte schwedische Staatswissenschaft- ler, ist gestern im Alter von 58 Jahren gestorben.

Das alte und das neue Rußland.

Helsingfors, 9. November.

Wortwärtig, wie wenig sich Rußland im Grunde verändert hat. Die Natur des Volkes läßt sich eben nicht durch den Sozialismus austreiben. Die Arabischen des alten Regime, die die Revolution vor allem wünschenswert, wegen am Leben das Volkseigentum als in aller Zeit. So heißt es in den meisten Revolutionärkreisen das jetzige Regime als Schnapsflügel, den ermoderten Zaren als Volkserzieher den Nichts wurde dem monarchischen Rußland so als Reichthum angesehen wie das kanakische Schnapsmonopol, obwohl es zu Kriegsbeginn ab- geschafft worden war. Jetzt erwidern die bolschewistischen Volks- schädler wieder die Einführung des Schnapsmonopols! Ander- seits war der beschlossene willkürliche Vermögensverlust ein freies Uebel der alten Zeit. Der ganze Haß der Revolution richtete sich gegen die Beamtenschaft; sie hat im jetzigen „Bewal- tungspapar“ eine vermehrte und vergrößerte Anwartschaft er- fahren. Man höre, wie die Sowjetpresse über die jetzige Beamtenschaft sagt:

„So geht es nicht weiter,“ rufte die Moskauer Pranda vom 2. November, „unter Transportwesen hat ein Defizit von zweihundert Millionen, die Staatsindustrie eine von 21 Millionen. . . . Abermals finden wir verfallene niedrige Ziffern für kulturelle Zwecke und soziale Verbesserung im Budget.“ Und der Verfasser erklärt die epidemische Beamtenarmut in erster Linie durch die herrschende Bureaukratie.

Die Zahl ist voll von Miströben der Spekulation, die alle Behörden verheeren haben; sie alle spekulieren, nur wenige arbeiten, und diese wenigen mit wünschigen Erfolg. . . . In der Zusammenfassung ist der Beamtenapparat noch immer der Schwerpunkt, das die besten Kräfte aus dem Volk jagt. . . . In be- sonderer Heftigkeit ist mit der Beamtenschaft des Staats handels- gang. . . . Die Entnahmen der Handelsoperationen lauten nicht in die Staatskassen, sondern in die Taschen von Privatpersonen. In der Defizit-Bericht am 4. August heißt es, wenn alle Handelsoperationen zwischen den kanakischen Institutionen ohne Ein- satz von Geld zu sein gägen.“

Der Verfasser erzählt nun einen Fall, in dem der Oberste Wirtschaftsrat eine Partie Ridel einem Spekulanten verkaufte. Das Ridel ging auf die Börse von Hand zu Hand, ohne daß es den Angerufenen verlassen hätte. Sein Preis steigerte sich um dreifache bis ihn eine andere Abteilung des Obersten Wirtschafts- rates mit ungeheurem Aufgeld wieder kaufte und mit Stauern bezahlte, daß der so neuer erstandene Ridel in den eigenen La- gersäumen lagte.

Lenin hat in seiner letzten großen Rede zum Abschluß der Session des Zentralerekutivkomitees das größte Gewicht auf die Bekämpfung und Beseitigung des Beamtenapparates gelegt. Alle höchsten Anforderungen in dieser Beziehung seien Sätze ins Kapitel gemein. Als Beweis dafür führte Lenin die Zahl der in Moskau befindlichen Staats- und Sowjetbeamten an. Sie betrug nach der Zählung von 1918 — 23 000. Nach all den Strei- kungen und Kürzungen der letzten Zeit erfolgte im Oktober die- ses Jahres wieder eine Zählung, und man erwartete, die Zahl der Beamten werde fast zusammengeschrumpft sein. Sie be- trug aber — 245 000.

Da haben Sie das Resultat all unserer Kürzungen.“ Neben der kanakischen, beschworenen Beamtenchaft ist es die Trunksucht, die das russische Volk materiell und moralisch aus- sengt. Dieselbe Pranda verlangt daher nach Abschluß des Feld- zuges gegen die Beschäftigten, der mit großer Energie und zwei- felhaftem Erfolg geführt wird, einen Feldzug gegen die über- handnehmende Trunksucht. Wie dieser Feldzug namentlich in dem sich jeder überlassenen Dorfe zu führen ist, verheimlicht frei- lich das Volk.

Der Artikel des Moskauer Blattes ist aber insofern äußerst lehrreich, als er lebendige Bilder aus dem jetzigen russischen Dasein gibt.

Das „graue Uebel“, d. h. der hausgebrannte grünliche Fusel („Schnapsmonopol“) genannt, habe das russische Volk wieder in seiner Hand. Nur ein schwerer Teil, jenseit der Pranda, des vor- handenen Schnapsmonopols werde der Krone belassen, weil in ihr nur das Uebel der Stadt zur Sprache komme, wo Militär- und Gerichts- gegen der „Selbstvermordung“ kämpfen. In Dorf aber, wo es fastlich kein Müßig geht und die Gerichte meist leer, werde die Sjamogonka eigen gebrannt und verkauft. Zum Beweis des un- ge-

heueren Maßstabes, den die Trunksucht angenommen hat, werde nun Bauerbriefe zitiert.

Ein Bauer aus dem Gouvernement Kaluga schildert den Wo- lfsenden des Wolostekutivkomitees, von dem man nicht mehr wisse, wie er in nüchternem Zustande aussehe. Am Samstag habe er auf dem Markt gelegen; die Bauern und Weiber um ih- her wie die Fliegen um ein Stück Zucker, hätten sich vom Tran- kenbolde allerlei „wichtige Papiere“ unterzweiben lassen.

Der Brief eines Smolensker Bauern enthält folgende Passus: „Seit dem Frühling hört die Trunkenheit nicht auf. Die Statistiker kamen her und wurden getränkt. Die Kommission zur Kontrolle der Ernte kam — allgemeine Betrunktheit. Die Kom- missionsmitglieder wurden unter den Armen durch die Felder ge- führt. Die Verteilung der Maß war wieder ein Gelage. Wo- soll man noch viel reden, wir leben wieder wie in alter Zeit. Unzählige Taktchen könnte man aus dem Dorfe anführen, die in die Herzhast des grünen Drachen sprechen. Für eine Fließ- Sjamogonka bleiben die Bauern die Nahrungsmittelsteuer schu- dig aber zahlen statt 500 Rub 50. Ein Bauer, dem es um die Bestehen der neuen Sowjetregierung zu tun ist, meint, er hat sie in den größten Gefahren für unbefuglich gehalten; jetzt ab- ahne er das „Kommen von Schredlichem“. Ich fürchte, daß die Bauern selbst die Sowjetgewalt vertreiben und die letzten O- berungen der Revolution verkaufen werden!“

Wie schlamm es mit der Trunksucht steht, geht daraus her- vor, daß der Artikelreiber der Pranda selber erklärt: „alle We- verfehlt, daß wir schließlich vor der verhängnisvollen Fra- gen stehen: sollen wir nicht lieber den kanakischen Schnapsverkauf eröffnen, wenn wir nicht imstande sind, gegen die Sjamogonka anzukämpfen?“

Das Schnapsmonopol verlangt übrigens pflichttrente, ehrlieh und nüchterne Beamte. Das hatten seine Organisatoren, der Minister Witte und Kolomoze, im alten Rußland auch erreicht. Mit dem verkommenen Beamtenmaterial Sowjetrußlands wird das Schnapsmonopol zu einer neuen unerschöpflichen Quelle der Korruption, Diebstahl und Volksvergiftung. Da aber diese „verhängnisvolle Frage“ jetzt schon aufgemorren wird und da es v- allen Dingen mit den Sowjetfinanzen unter aller Kritik steht, wird wohl die Sowjetregierung gar bald zum alten Uebel des Schnapsmonopols greifen.

Proletariat und höhere Schule.

Von Studienrat Epstein-Chemnitz.

Die Frage, ob das Proletariat seine Kinder in die höhere Schule schicken soll, wird von der Sozialdemokratie nicht eindeutig in bejahendem oder verneinendem Sinne beantwortet werden. Klassenbewußtsein darf nicht abhalten, ein in bestimmter Richtung hochbegabtes Kind dem Beruf zuzuführen, zu dem es seine Begabung befähigt; Klassenbewußtsein sollte aber verhindern, daß ein Kind ohne zwingende Gründe aus seinem Lebensberuf herausgerissen wird. Die Entscheidung muß also von den Lehrern beratenen Eltern überlassen bleiben.

Unsere Stellung zur höheren Schule wird bestimmt von dem Ziel, das wir uns für die Volksbildung gestellt haben, und von der Erkenntnis der Entwicklungsmöglichkeit des Befähigten. Entfernt von dem Radikalismus aller Gewalttätiger, die das Chaos schaffen, indem sie das Vorhandene auf den Kopf stellen, fordern wir gleichwohl schleunige und ganze Reform der höheren Schule, Beseitigung des verhängnisvollen Zwiespalts im Schulwesen (höhere Schule neben Volksschule), Schaffung eines einheitlichen Schulsystems. Unser durch soziologische Erwägungen begründetes Ziel bleibt die allgemeine Volksschule, die in zehnjährigem Lehrgange die Kinder aller Stände berechtigt und erst in ihren Oberklassen um den für alle verbindlichen Kernunterricht freie Arbeitsgemeinschaften gruppiert, die der Förderung besonderer intellektueller, künstlerischer oder technischer Fähigkeiten dienen. Aus ihr wird organisch die Oberschule herauswachsen, die höhere Schule in unserem Sinne, weil nur sie den hochbegabten Kindern aller Gesellschaftsklassen den ungehinderten Aufstieg zu denjenigen Berufen ermöglicht, auf die auch das Proletariat für seine dazu befähigten Kinder einen Anspruch hat. Vor das zu erstrebende Ziel, soweit es sich um den Abschluß der zehnklassigen Volksschule und die Oberschule handelt, schieben sich bedauerlicherweise Hemmnisse in Gestalt von Lehrplanforderungen, Prüfungen und Berechtigungen, die auf einseitig gerichteten und veralteten Bildungszielen beruhen. Es ist bezeichnend, daß man schon jetzt gegen die Zuerkennung der „mittleren Reife“ an die zehnklassige Volksschule Sturm läßt, ehe der Begriff der mittleren Reife überhaupt feste Gestalt gewonnen hat, weil ihr dem der bestehenden sechsklassigen höheren Schule (z. B. der Realschule) sicherlich gleichwertiges oder andersartiges Bildungsziel völlig verkannt wird. Die Volksschule wird durch ihre Leistung die alten Vorurteile zu beseitigen vermögen. Aus denselben Gründen wurde die deutsche Oberschule mit nur einer Fremdsprache, die unserem Ziel nahe kommt, zu Falle gebracht. Die Verwirklichung der von uns geforderten, mit der Volksschule innerlich verwachsenen Oberschule rückt in nebelhafte Ferne, solange sich die maßgebenden Stellen, namentlich auch die Reichsregierung, der Wandlung der Bildungsziele verschließen.

Ohne das gesteckte Ziel aus dem Auge zu verlieren, müssen wir uns fragen, ob es klug ist, die Bildung der Oberschule als nächste Forderung zu betreiben. Sie würde, neben der jetzigen höheren Schule bestehend, zu einer reinen Proletarierschule werden, womit uns kaum gebietet ist, wenn wir nicht einer Uebersteigerung des Klassenbewußtseins verfallen wollen. Bestenfalls würde man ihr die Ausbildung von Gewerkschaftsbeamten, sozialistischen Journalisten und Politikern überlassen. Solange es uns nicht möglich ist, die höhere Schule mit einem Federstrich zu beseitigen, muß das nächste Ziel die Beseitigung des sozial zu verbindlichen Zwiespalts zwischen höherer und Volksschule sein. Sie kann vorläufig nur auf dem Wege gegenseitiger Annäherung durch Schaffung von Uebergangsmöglichkeiten erfolgen und muß einen innerlich geschlossenen Aufbau des gesamten Bildungswesens zur Voraussetzung haben. Thüringen ist hier den deutschen Staaten in vorbildlicher Weise vorangegangen. Es ist deshalb falsch, die höhere Schule aus dem Auge zu lassen, etwa in der Erwägung, daß sie nun doch einmal die Schule kapitalistischer Kreise ist, um die wir uns nicht zu kümmern brauchen. Abgesehen von den politischen Gefahren, die aus ihr entstehen könnten, ist zu bedenken, daß das Volk sie doch schließlich aus seiner Tasche bezahlt. Und wir müssen es wahrlich zu unserem eigenen Vorteil tun, wenn sie nicht dem Kapitalismus vollständig verfallen soll, der schon jetzt unter dem Mantele von Freunden der höheren Schule seine Fingerringe nach ihr ausstreckt. Die Schule ist Sache des Volkes. Statt sie denen allein zu überlassen, die ein Interesse daran haben, daß die höhere Ausbildung ein Sonderrecht der höheren Gesellschaftskreise bleibt und aus diesem Grunde an einem lebenslangen und wirtschaftsfeindlichen Bildungsziel festhalten, sollte es sich das Proletariat angelegen sein lassen, auf sie einen Einfluß zu gewinnen, denn nur unter dem Druck der breiten Masse des Volkes wird ihre Reform energig gefördert werden.

Diese Gedanken müssen ausgesprochen werden, wenn ein Vater klar darüber sein will, ob er sein Kind, wenn es sich nach dem Urteil der Lehrer eignet, in die höhere Schule schicken soll.

Freilich zeigt die höhere Schule heute noch solche Mängel in Aufbau, Bildungsziel und sozialer Gestaltung, daß es fraglich erscheinen kann, ob der ihren Schülern vermittelte Gewinn nicht durch die angezeigten Mängel aufgehoben wird. Es soll nicht behauptet werden, daß sie reine Wissens- und Lernschule ist, denn der Arbeitsunterricht beginnt sich auch in ihr, wenn auch in noch recht bescheidenem Maße, durchzusetzen. Immerhin spielt die Aufstellung des Wissensstoffes, begünstigt durch eine Ueberzahl von Einzelstärkern, die alle zur „Bildung“ für notwendig erachtet werden, auch heute noch in ihr eine hervorragende Rolle. Sie ist jedenfalls eine rein intellektualistische Bildungsanstalt, in welcher der wissenschaftlich, d. h. der sprachlich oder mathematisch-naturwissenschaftlich begabte oder der einen daraus gebildeten Mißstypus darstellende Schüler auf seine Hochachtung kommt, nicht aber der künstlerisch, technisch oder sozial Hochbegabte. Beginnt sich wissenschaftliche Begabung bei einem Kinde zu zeigen (es wird das in den meisten Fällen frühestens im 12. Lebensjahr der Fall sein), so sollte man kein Bedenken tragen, es einer höheren Schule zuzuführen. Es wäre weit gefehlt, zu behaupten, daß alle höheren Schüler diesen Anforderungen genügen; im Gegenteile schleppt die höhere Schule eine Unmasse von Kindern höherer Kreise als Ballast mit sich, die nur unter den größten Schwierigkeiten ihr Ziel erreichen. Es erscheint dringend notwendig, daß die Fülle der Angelegenen abgestoßen und durch Geeignete ersetzt wird.

Dies führt uns zur zweiten, selbstverständlich nicht neuen Feststellung, daß die höhere Schule eine Standeschule ist. Auch künstlich aufgemachte Statistiken vermögen an dieser Tatsache nichts zu ändern. Arbeiterkinder sind ganz verstreut vertreten, und die unteren und mittleren Beamten, der kleine Mittelstand, die „besseren“ Arbeiter, die alle gern ins Feld geführt werden zum Beweise, daß die höhere Schule Kinder aller Bevölkerungsklassen enthalte, vergessen meistens vollständig, daß sie zum Proletariat gehören, wenn sie ihre Kinder in die höhere Schule schicken, um denen wenigstens den ihnen selbst verhassten „Aufstieg“ zur höheren Gesellschaft zu ermöglichen. So berechtigt deshalb die Annahme ist, daß einzelne aus einer anderen Lebenskreis stammende Kinder ohne wesentliche Erschütterung verschluckt werden, ebenso notwendig ist es aber auch, daß Proletariatskinder in viel größerer Zahl als bisher in die höhere Schule eindringen, um ihren Standescharakter mit der Fülle unerfreulicher und gefährlicher Begleitererscheinungen zu zerbrechen. Sie werden in ihren Eltern einen Rückhalt haben, deren Aufgabe es sein muß, die ruffähigsten höhere Elternschaft zu durchsehen, um auf diese Weise einen Einfluß auf die höhere Schule selbst zu gewinnen.

Es ist gegen den Auftrieb der Begabten, den Uebergang von Proletariatskindern zur höheren Schule das Bedenken erhoben worden, daß die bürgerliche Gesellschaft dadurch dem Proletariat seine besten Köpfe entziehen würde. Sie erkenne, „daß sie an geistiger Armut zugrunde gehen würde, wenn nicht eine Aufzucht von unten aus der breiten Masse des Volkes komme.“ Ihr Bestreben sei also nicht nur nachteilig, sondern diene auch der Schwächung des Proletariats. Demgegenüber muß aber doch betont werden, daß es eine große Anzahl Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Begabten auch neben der höheren Schule gibt und daß für die höhere Schule eben doch nur der wissenschaftlich Hochbegabte in Betracht kommt. Die Bedenken mögen berechtigt sein für eine frühere Zeit, in der der Sozialdemokratie alle höheren Beamtenstellen verschlossen waren. Jetzt liegt es in unserem dringendsten Interesse, für unsere eigene Zukunft dadurch zu sorgen, daß auch aus unseren Kreisen der Richter, der Verwaltungsbeamte, der höhere Lehrer hervorgeht.

In Chemnitz sind vor kurzem, nicht zuletzt durch den energischen Eintreten der sozialdemokratischen Fraktion, Mittel bereitgestellt worden, um besonders begabten und bedürftigen Kindern den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen. Die Summe, die der einzelne bekommt, muß so bemessen sein, daß neben dem Schulgelde mindestens die Kosten für familiäre Vermitteln bestritten werden können. Die Bezeichnung Stipendium sollte man fallen lassen, da unsere in Betracht kommenden Kinder nicht einem Gradentafel ausgesetzt werden dürfen, sondern gemäß ihrer hervorragenden Veranlagung einen Anspruch auf höhere Ausbildung haben. Die Verleihung der Ausbildungsbeiträge darf weder beim Eintritt in die höhere Schule, noch während der Schulzeit in fleischer Weise von Leistungen abhängig gemacht werden, sondern ein die ganze jugendliche Persönlichkeit umfassendes Gesamturteil muß dafür maßgebend sein. Als Zeit des Eintritts in die höhere Schule wird aus dem oben angeführten Grunde seltener das fünfte Schuljahr in Betracht kommen. Deshalb müssen Uebergangsmöglichkeiten in Gestalt von Uebergangsklassen und Aufbaufächern geschaffen werden, die sich u. E. am besten an den Lehrplan der deutschen Oberschule anlehnen. Sache gemeinsamer Arbeit von Volksschullehrern und Philologen wird es sein, die Barriere zwischen höherer Schule und Volksschule zu beseitigen und dem demokratischen Gedanken zum Siege zu verhelfen, daß das Recht auf Bildung ein Recht des Volkes ist.

Für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich

tritt eine kleine Zeitschrift ein, die die Deutsche Liga für Menschenrechte jetzt dem Reichstag und den Mitgliedern der großen öffentlichen Körperschaften überreicht hat. Sie schildert den Verlauf der Deputation der französischen Liga für Menschenrechte in Berlin, die dortige Demonstration im Reichstag, ferner die Kundgebungen in Ruhrgebiet. Sie enthält ferner eine Reihe von deutschen und französischen Unterschriften zu dem gemeinsamen Manifest der deutschen und der französischen Liga für die Menschenrechte und eine kurze Darstellung der Friedensbewegung in Frankreich. Anlässlich der Befreiung der deutschen Wagnon-Gefangenen, für die sich die französische Liga mit ihrer großen Organisation seit Monaten unermüdet befreit hatte, wird das Interesse für diese Bewegung in Frankreich sehr gewachsen sein und deshalb werden von der genannten Zeitschrift einige Exemplare kostenlos jedem Freunde der Völkerverständigung zur Verfügung. Adresse: Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin N. 62, Kurtzfürstenstr. 125.

Das neue finnische Kabinett.

(Mitgeteilt von der Nordischen Gesellschaft in Lübeck.) Nach telegraphischer Mitteilung aus Helsingfors ist nunmehr eine neue Regierung aus Vertretern der Mittelparteien, nämlich der Bauern- und Fortschrittspartei, und einem Parteilozen gebildet. Soweit aus der kurzen telegraphischen Nachricht zu entnehmen ist, ist es also nicht gelungen, ein Kabinett, das sich fest auf eine tragfähige Mehrheit im Parlament stützen kann, zu bilden. Vielmehr wird nun das neue Kabinett ebenso wie das Kabinett vor den Reichstagswahlen sich für seine einzelnen Vorlagen jeweils eine Mehrheit schaffen müssen.

Reine Aufhebung der bayerischen Gerichte.

München, 16. November. Die Nachricht eines Berliner Blattes von der in der nächsten Woche bevorstehenden Aufhebung der bayerischen Volksgerichte ist unrichtig. Sie erfolgt erst bei der Justizreform und Einführung von großen Schöffengerichten, die nach dem Muster der bayerischen Volksgerichte aus Richtern und drei Laien zusammengesetzt sind.

Volkswirtschaft.

Butterpreis unverändert.

Hamburg, 17. November. Die Butternotierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas hat den Ladenpreis für allerfeinste Meiereibutter auf 1560 Mark festgesetzt, also den Preis der abgelaufenen Woche beibehalten.

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 17. November. Als in den Erzeugergebieten gezahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Vollbahnstation sind am Donnerstag festgesetzt worden: Weiße Kartoffeln 575/620 Mk., rote 500/525 Mk., gelbe Industrie 650/690 Mk. pro Zentner.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. November.

Amthliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

16. November. 15. November.

Amsterdam	1 fl.	2972.55	2952.60
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	463.88	458.85
Kristiania	1 Kr.	1381.50	1371.56
Kopenhagen	1 Kr.	1521.18	1506.22
Stockholm	1 Kr.	1995.—	2009.96
Helsingfors	1 finn. Mk.	186.58	196.53
Rom	1 Lire	344.18	348.14
London	1 £	33815.25	33565.85
New York	1 Doll.	7506.18	7496.21
Paris	1 Frs.	488.75	491.26
Zürich	1 Frs.	1376.55	1366.57
Madrid	1 Pesetas	1147.12	1129.66
Wien	100 Kr.	9.77	9.77
Prag	1 Kr.	235.65	238.40
Budapest	100 Kr.	—	2.99

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Nachdenklich blickte Tine hinaus auf den kalten Sandweg. Niels hatte sich ihr langsam unmerklich genähert; seine Augen schimmerten vor Zärtlichkeit. „Wenn ich erst weg bin, dann trüben wir uns lange nicht zu sehen.“
Tine nickte.
„Dass ich aber nicht vergessen, lüft Deern.“
Immer zärtlicher blickten Niels Augen; sie schwammen förmlich. Er reichte seine lange Gestalt. „Deern“, sagte er leise, „was bist du doch lüft!“
Das Wort lüft, in dieser zärtlichen Weise ausgesprochen, war für ihn gleichbedeutend mit sein und lieblich; denn Tine war durchaus nicht klein. Sie verstand aber doch seine Zärtlichkeit die sich so leicht Ausdruck zu geben vermochte, und freundlich sah sie ihm ins Gesicht.
Niels senkte ein wenig und fuhr mit den fünf Fingern durch sein Wuschelhaar. Er hätte gar zu gern Tine einen Kuß gegeben und wußte nicht, wie er es anfangen sollte. Ja, wenn man beim Tanzen oder Pünchen gewesen wäre, dann hätte er Courage gehabt.
Tine erhob sich. „Ich muß wieder rüber“, sagte sie. „Mutter weiß nicht, daß ich hier bin. Adjus, Niels.“
„Adjus, lüft Deern.“ sagte Niels, und plötzlich sagte er Mut. „Gib mir doch einen Süssen“, bat er.
Gebüddelt hat Tine die Lippen dar, und Niels küßte sie und kam sich dabei wie ein rechter Held vor. Als aber vor der Tür ein Klirren von Tassen erklang, fuhren sie auseinander.
Schöne trat mit dem Kaffee ein.
„Nein, was werde ich doch alt und tunte!“ sagte sie. „Es hat wohl lange gedauert, mein Jung? Willst nicht bleiben, mein Deern? Ich wollte dir doch noch die Karten legen.“
„Ich komme heute abend noch mal rüber. Adjus Ode!“
Tine ging wieder in ihre Stube und setzte sich mit ihrer Arbeit ans Fenster. Immer wieder flogen ihre Blicke träumerisch hinaus auf den kalten Veich, wo doch gar nichts zu sehen war.
Niels blieb nicht allzu lange bei seiner Großmutter. Nach einer Weile klopfte er mit dem Stiel seiner kurzen Pfeife ans Fenster und nickte Tine noch einmal zu. Sie sah ihm nach, wie er mit langen Schritten über den Veich ging.
Tine, meine Tochter, was ließt du da und umulterst und speulst?“ Klang Andortjens Stimme von dem Ofen her. „Du bist affur so wie dein Vater.“

Tine fuhr in die Höhe. „Mutter, da kommt jemand.“
„Zu uns? Nanan! Ein Herr mit nem Handschok. Wer kann das sein? Wir sind doch niemand nichts schuldig!“
Jetzt ging die kleine Haustür auf. Es wurde an die Stubentür geklopft. „Heroin!“ rief Andortjen mit heller Stimme, und herein trat Jaf Tomjen vom Spätlinghof.
Der junge Mann sah nicht Andortjens mißtrauisch auf ihn gesetzte Augen, er sah nur am Fenster das schlante schwarzgekleidete Mädchen, mit den wunderbaren Glutaugen und dem welligen, braunschwarzen Haar. Er sah mit einem Blick alles an ihr, jede Schönheit. Das kleine Ohr, das sich halb hinter dem dunklen Haar versteckte, die feinen Nasenflügel, die zu zittern schienen, und den kleinen, roten Mund, der wie eine aufbrechende Rose aussah. Nie war ihm ein Mädchen so leuchtend schon erschienen.
„Jr kennt mich wohl nicht mehr?“ fragte Jaf und drehte sich nach Andortjen und um wieder zurück nach Tine.
An der Wendung des kantigen dunklen Kopfes erkannte ihn Andortjen.
„Jaf, ach Gott, ja — Nein, was du groß geworden bist! Setz dich nieder, ich will man schnell eine Tasse Kaffee kochen, das Wasser kocht sich.“
Jaf setzte sich und sprach mit Andortjen und sah dabei Tine unverwandt an. Diese war so verwirrt, daß sie sich kaum regte.
„Der Alte ist gestorben?“ fragte Jaf.
„Ja“, sagte Andortjen mit einem fliegenden Blick zu der niedrigen Decke hinauf, „er ist rein tot. Du hast ihn ja gekannt, Jaf. Ein Bauernschlächter, was ist das? Das ist was und auch nichts. Im Frühjahr hat er gegürtet, im Sommer stand er im Heu und im Herbst in dem Kleigarten. Im Winter aber, wenn das Eis in Zapfen stand, dann blühte sein richtiges Gesicht. Und Schweine haben sie hier gemästet, ich sage dir, an die vierhundert Pfund. Da mußte er nur vier Wochen vor Weihnachten auf Wutshof das Schwein schlachten. Es woa — Andortjens Stimme brach — dreihundertfünfundachtzig Pfund.“
Sie wachte sich die Augen mit dem Fingel ihrer blaugefärbten Küchenschürze und fuhr fort: „Wir hatten einen Frost, daß die Zapfen vor unserem Fenster vom Dache herunterhängen, dazu kam noch der Ostwind. Und mein Alter mußte das Schwein draußen auf die Leiter bringen. Dreihundertneunzig Pfund wog es. Ich karteie ja ein schönes Stück Speck, aber einen Hufen brachte er mit. Und dabei hatte er drei Hosen und drei Jacken an und zwei Tücher um den Hals. Aber ich hab's immer gesagt, die Mamselente sehen sich nicht vor; nun hab' ich die Bekruger.“
„Und Tine?“ fragte Jaf. Seine Blicke verzehrten die schwarze Gestalt, die unbewußt mit dem Rücken an das Fensterdeuz gelehrt, ihm gegenüber stand.

„Ja, Tine“, fuhr die Frau geschwähig fort, „das war auch seine Spekulation, das mit dem Nähenlernen. Nun sitzt sie da, als 'ne Braut, die niemand holen will, und ich habe die Last davon. Unserens denkt auch doch einmal weiter. Ich hab, es ja immer gesagt: Gretchen Lorenz ist noch viel zu gut zuwege, die gib; nichts ab, und zwei Näherchen können sich in Kamstedt nicht nähren. Das beste ist Tine geht in Dienst; denn eine Wittfrau, die noch eine große Tochter bei sich hat, da greift doch keiner zu. So, nun trink man, mein Jung, hier ist Kandis.“
Jaf tat einen leisen Pfiff durch die Zähne und schlug mit dem Handschok an die Hosen. „Wegen Tine komm ich gerade; ich wollte sie mieten.“ Seine dunklen Augen bohrten sich in die des jungen Mädchens.
Tine sah ihn wie gebannt an und konnte ihren Blick nicht abwenden. Sie hätte laut rufen mögen: Nein, ich will nicht; aber sie brachte keinen Ton aus der Kehle.
„Ja, ich weiß nicht“, meinte die Mutter. „Gut haben würde sie es wohl bei euch, das glaube ich gern. Ich habe ja auch eure arme Mutter gehegt und gepflegt und hab' ihr die Augen zugebrüht. Und dann hab' ich euch hier herüber genommen und habe Buchweizengrüße und Wamsbier gekocht. Ja, das hat euch geschmeckt. Was hab' ich davon gehabt? Nichts, als einen Dreigroschenstuten, und der war beheret.“
„Mutter!“ sagte Tine leise mahnend.
„Na, man erzählt sich doch allerhand von Mamsell; daß sie 'ne Hese ist, das weiß doch Land und Sand.“
„Das nehme ich auf mich, Frau Nachbarin. Ich sehe dafür ein, daß Tine nichts passiert. Wiebke Themann ist zwei Jahre bei uns gewesen. Sechsfünfzig Taler sind doch auch mitzunehmen.“
„Ja, ja.“ Andortjen drehte und wandte sich; sie nahm ihren Schürzenzipfel in die Hand und sah sich in der Stube um. Sie konnte aber nirgends ein Stäubchen entdecken; es war alles blank und sauber. „Was macht denn Jaf?“ fragte sie.
„Jaf? Der ist auf zuwege.“
„Er war ein guter Jung.“
„Ja, ja.“ Jaf war aufgestanden, er zwang Tine, seinem Blick standhaft zu halten; sein Blick lag sich an ihren Augen fest. „Kannst du zum ersten März kommen?“ fragte er, als er nicht vor ihr stand. Er fragte laut und herrlich.
„Ja“, sagte Tine leise; sie war wie hypnotisiert.
„Schön. Hier hast du das Gottsgeld (Miesstaler) und gib mir dein Dierstbuch.“
Als ob sie einem inneren Zwange gehorchte, ging Tine mechanisch zu der Kommode und holte das Dienstbuch.

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 17. November.

Die Deutsche Notgemeinschaft

auch in Lübeck ins Leben zu rufen, waren am Donnerstag morgen zahlreiche Vertreter von wirtschaftlichen und sozialen Organisationen im Roten Saale des Rathauses versammelt. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Dr. Neumann. Er gab zunächst einen Überblick auf die großartigen Erfolge der Sammlungen, die von der privaten Fürsorge zur Verringerung winterlicher Not vorgenommen worden sind. Jetzt solle die Sammlung über das ganze Reich ausgedehnt werden, weil die Not und das Elend zu groß und zu drückend geworden seien. Auch in Lübeck müßten alle Bevölkerungskreise sich für diese Hilfsaktion vereinigten, was nach den Vorschlägen zu urteilen, wohl möglich sei. Der Redner gina dann des näheren auf ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers ein, das die Reaktionen einer Besprechung enthält, die am 30. Oktober zur Gründung der Notgemeinschaft geführt hat. Dort hatten außer allen wirtschaftlichen und sozialen Vereinigungen auch die Spitzenverbände der Arbeiter und Unternehmer mitgewirkt. Die Notgemeinschaft steht unter dem Protektorat des Reichspräsidenten Ebert und alle Arbeits- und Sozialminister der Gliedstaaten des Reiches haben einen Propagandaauftrag für die Gemeinschaft unterzeichnet. (Die Mehrzahl davon sind Sozialdemokraten. Anm. d. B.) Der Bürgermeister gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Lübeck Arbeiter und Arbeitgeber zusammenwirken möchten, und daß unser Ergebnis ein recht reiches werden möge.

Die Aussprache eröffnete Direktor Baktian von der Hanfmeierei, der hervorhob, daß die Aktion reichlich spät käme. Die Not sei bereits da. Die Landwirtschaft habe schon eine besondere Hilfsaktion unternommen. Mit Rücksicht darauf, daß Zerstückelungen vermieden werden muß, wolle die Landwirtschaft ihre Sonderaktion aufheben und in die Notgemeinschaft eintreten.

Genosse Dreger berichtete über die Stellungnahme der Gewerkschaften. Es sei den Arbeitern nahegelegt worden, Ueberstunden für die Notgemeinschaft zu machen oder einen Teil des Lohnes und Gehaltes abzugeben. Dieses den Arbeitern vorzuschlagen müßten die Vorstände ablehnen. Die Not der Arbeiter sei zu groß, um das zu verlangen. Ihr Lohn reiche nicht mehr aus, sich ausreichend zu ernähren. Die Arbeiter seien in erster Linie die Träger der Not. Trotzdem haben sich die Gewerkschaftsvorstände bereit erklärt, eine Sammelaktion unter der Arbeiterschaft vorzunehmen und zur Leistung freiwilliger Beiträge aufzufordern.

Herr Bürgermeister Dr. Neumann behauptete diese prinzipielle Stellungnahme. Dadurch werde dem Unternehmen die Großzügigkeit genommen. Trotzdem müßte Lübeck seine Pflicht tun. Vor allem müßte die Einmütigkeit hochgehalten werden.

Herr Boie, Präses der Handelskammer, hob hervor, daß die Kaufmannschaft eine Kommission wählte, die energisch an ihre Wähler herantritt. In einer Aussprache mit der Kundgebung haben auch deren Vertreter erklärt, daß Ueberstunden auf Schwierigkeiten stoßen und überall unmöglich seien, wo in drei Schichten gearbeitet wird. Er weist darauf hin, daß schon die Spitzen der Produktiven Arbeitsfürsorge in Krage gestellt ist, weil Arbeiter und Angestellte nur zum Teil Beiträge zahlen.

Der Vertreter der Angestellten, Herr Schloffer, vertritt den gleichen Standpunkt wie Herr Dreger. Die wirtschaftlich Schwächeren könne man nicht heranziehen. Er schlägt vor, daß allmonatlich mit den Betriebsräten und Angestelltenräten über eine Abgabe verhandelt werde.

Direktor Dr. Lipp schilderte die Vorteile der Produktiven Arbeitsfürsorge, die hoffentlich wieder frisches Leben erhalte, die aber bei der Notgemeinschaft nicht in Krage komme. — Herr Bold vom Beamtenbund erklärt seine Bereitwilligkeit, für die Gemeinschaft zu wirken. — Genosse Raekel fordert eine unbedingte Einmütigkeit. Nur dann würden die Genossenschaften die Notgemeinschaft unterstützen, ebenso wie sie die Produktive Arbeitsfürsorge unterstützen haben. — Senator Dr. Kalkbrenner fordert nochmals zum Zusammenhalten auf, weil die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten ungewissermaßen habe.

Genosse Senator Bromme fordert ebenfalls auf, angesichts des kurzstehenden Winters, dem wir entgegengehen, alle Bedenken zurückstellen und für die Notgemeinschaft zu arbeiten. Er sei überzeugt, daß auch die Arbeiterkraft nach ihren Kräften ihre Pflicht tun wird, genau so wie Handel, Industrie und Landwirtschaft, von denen allerdings mehr erwartet wird. Redner wies noch auf die alten Rekrute der Arbeitshilfe hin, deren Organisation zum Muster dienen sollte.

Genosse Ehlers, der Vorsitz der Bürgerchaft, gab der Meinung Ausdruck, daß alle Redner der einzelnen Interessengruppen ihre Hilfsbereitschaft versichert haben. Jeder solle nach seiner Art so nachhelfen wie möglich agieren.

Der Vorsitzende stellte dann fest, daß alle Anwesenden bereit sind, der Notgemeinschaft beizutreten. Es werde noch ein Arbeitsausschuß zu bilden sein. Mit dem Wunsche, daß auch in Lübeck die Hilfsaktion Erfolg haben möge, schloß hierauf Herr Bürgermeister Dr. Neumann die Versammlung.

Kauf barfuß!

War es bisher schon einem mit großer Kinderzahl begabtem Familienvater kaum noch möglich, seine Lieben mit guten Schuhwerk zu versorgen, so erscheint dies gänzlich ausgeschlossen nach den neuen Preisen, die nunmehr in Kraft treten sollen. Wie das „Hamb. Echo“ mitteilt, war durch die stets steigenden Material- und Lederpreise die Schuhmacherei in Hamburg gezwungen, für Maßschuhwaren und Reparaturen folgende Preise festzusetzen: Herren-Vorfußstiefel von 36 000 bis 40 000 M., Damen-Vorfußstiefel von 32 000 bis 36 000 M., Herren-Sohlen und Abzüge von 3500 bis 4000 M., Damen-Sohlen und Abzüge von 2735 bis 2836 M., Richter pro Stück von 150 M. an, Nachkitterei von 40 Mark an. In Gehellenlöchern zählt der Meister 165.40 M. pro Stunde. Der Gehellenlohn macht also nur einen ganz geringen Bruchteil der Gesamtkosten für Schuhwerk aus. Für Leder- und Material aber wurden in der Woche fauchhafte Preise gefordert. Es mußten gezahlt werden für das Hand-Sohleder 5000 M., Oberleder der Quadratur 2500 bis 3000 M., für eine Rolle Nähseide 2000 M. Gummiabsätze sind in Qualitätsware so enorm im Preise gestiegen, daß sie bald die Lederpreise übertreffen.

Die traurige Folge dieser maßlosen Preissteigerung, die in der Hauptsache durch den alles Maß übersteigenden Hauteuher hervorgerufen wurde, wird eben sein, daß nicht allein das große Publikum auf neues Schuhzeug überhaupt verzichten muß, auch mancher Schuhmacher wird sein Geschäft schließen müssen. Nahrungsmittel, Kleider- und Schuhnot werden unsere Volksgesundheit ganz zugrunde richten, während die Nutznießer dieser Profitwirtschaft immer bessere Tage leben.

Die Ernährungslage.

Vom Nachrichtenamt wird uns geschrieben: Einem Erweisen der Bürgerchaft entsprechend, hatte der Senat den Vertreter Lübecks im Reichsrat angewiesen, mit allen Mitteln bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Einfuhr aller Luxusgegenstände und nicht notwendigen Bedarfsartikel verboten

wird, daß die Reichsmilchverordnung bez. des Fettgehalts der Käsesorten geändert wird und daß die Gewerkslojenunterstützung erhöht wird. Der Lübecker Standpunkt wurde bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck vertreten; weitere Verhandlungen stehen noch bevor, zum Teil, wie in der Frage der Gewerkslojenunterstützung, sind Fortschritte erzielt. Bei den Verhandlungen über die Ernährungslage wurde mitgeteilt, daß die Kartoffelerzeugung sich in diesem Jahre erheblich günstiger gestaltet hat als im Vorjahre. Die Reichsbahn hat bis zum 31. Oktober ds. Js. 65,6 Millionen Zentner Kartoffeln verfrachtet, gegenüber nur 43,3 Millionen im Vorjahre. Der Preis der Kartoffeln, der im letzten Herbst eine enorme Höhe erreichte, bewegte sich bis Ende Oktober ds. Js. etwa auf gleicher Höhe wie im Vorjahre; wenn der Preis auch als drückend empfunden wird, wird man daraus doch angesichts des gesunkenen Gelowertes auf eine erheblich bessere Kartoffelverorgung schließen dürfen. Allerdings werden Klagen laut wegen der Haltbarkeit der Kartoffeln. — Schlechter steht es mit der Versorgung mit Brotgetreide. Die Ablieferungen laufen sehr zu wünschen übrig und der Preis des eingeführten Brotgetreides stellt sich infolge der Karta fast unerschwinglich hoch. Unter andern Vorschlägen wurde eine Streckung des Brotgetreides angeregt. Diese Frage soll neu geprüft werden. Allerdings ist das Kartoffelrodungsverfahren sehr teuer und die Kommunalverbände, denen jetzt Getreide statt Mehl geliefert wird, nehmen nur sehr ungern Streckungsmittel an. Gegenüber dem von vielen Seiten vorgebrachten Wunsch nach Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung muß gesagt werden, daß nur relativ wenig praktische Vorschläge zu diesem Ziele hin vorliegen; die vom Reich zu leistende Hilfe findet eine Grenze in den gegenwärtigen Finanzverhältnissen. Es besteht zweifellos ein enger Zusammenhang zwischen der allgemeinen Not und der Volkswirtschaft. Bei dieser Frage wird das von der Bürgerchaft geforderte Verbot für die Einfuhr von Luxusgegenständen und nicht notwendigen Bedarfsartikeln energisch vertreten.

Der Milchpreis

erfährt in dieser Woche keine Veränderung. Er bleibt auf der alten Höhe von 144 Mark. bestehen.

Schiedspruch für das Baugewerbe.

Nachdem die vom Bezirkslohnamt in dem Schiedspruch vom 24. Oktober 1922 gestellte Bedingung erfüllt war, tagte am 15. November in Hamburg erneut das Bezirkslohnamt für die Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Lürhan. Unter Berücksichtigung der Anträge beider Parteien wurde nach langer Beratung vom unparteilichen Vorsitzenden folgender Schiedspruch verkündet:

„Auf die jetzt bestehenden tariflichen Löhne wird für die Zeit vom 16.—30. November 1922 für das Holz-, Beton- und Tiefbaugewerbe sämtliche Arbeitnehmer: 1. für das Lohngebiet Groß-Hamburg 1—4 ein Zuschlag von 60 Proz., für alle übrigen Vertragsgebiete ebenfalls ein solcher von 60 Proz. gewährt, unter Abwändung auf volle 10 Wg. nach oben.“

Die Zustimmungsrufe der Parteien ist auf Dienstag, den 21. November, festgesetzt.

Großer Abwehrstreik der Hafnarbeiter.

Weil die Arbeitgeber den Hamburger Schiedspruch nicht allgemein anerkennen, erklärten sich alle Hafnarbeiter solidarisch und traten in den Abwehrstreik.

Mieterchutzverein Lübeck. Am letzten Sonntag fand in Kiel eine Versammlung der Vertreter der Norddeutschen Mietervereine statt. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: Die am 12. November 1922 in Kiel versammelten Vertreter der 70 norddeutschen Mietervereine legen einmütig und entschiedenes Verwahrung ein, daß 1. Behörden die Durchführung des R. M. G. nicht so fördern, als es das neue Gesetz erfordert, 2. die Regierungen das Instandsetzen der Wohnungen und Häuser bisher nicht durch Hausrenten und gemeinnützige Geldinstitute fördern lassen wollen, 3. Vertreter der Häuserpekulation Zuschläge nicht nach dem Bedürfnis, sondern nach Indegiffen, also nach dem Dollarstande fordern, die Wohnung zur Ware machen wollen, 4. der preussische Wohlfahrtsminister vor einseitig beeinflussten Abgeordneten der Häuserpekulation zurückweicht und auch solchen Erhöhungen zustimmt, die nicht dem Hause zugute kommen, sondern lediglich den Häuserpekulator und die Häuserpreise steigern, 5. noch immer nichts gegen den schamlosen Baukostenwucher und gegen den Häuserverkauf an Ausländer geschieht, 6. die Regierungen den Arbeitsertrag der gewerblichen Laden-, Werkstatt-, Kontor- und Lagermieter ungenügend zugunsten der Häuserpekulation belassen, 7. noch immer kein volksfreundliches Mieterchutzgesetz verabschiedet ist. Dringend warnen die norddeutschen Mietervertreter Reichsregierung, Landesregierungen, Parlamente, Parteien und Abgeordnete vor einer Täuschung über die Ungefährlichkeit eines hungernden und frierenden Volkes, dem man die Sicherheit seines letzten Schutzes, seiner Wohnung, nimmt. Nicht einen Schritt dürfen die Regierungen der Forderung nach der trügerischen sogenannten freien Wirtschaft im Wohnwesen nachgeben.

Der Denkmalsauschuß für die Errichtung des Ehrenmals des Regiments Lübeck beschloß, wie er uns mitzuteilen bietet, den bisher für das Denkmal vorgesehenen Platz im Vorhof des Ehrenhains aufzugeben. Als neuer Standort soll nach dem Entwurf von Oberbaurat Wirt, Architekt Meyer und Bildhauer Kuhl dem Vorhof ein Platz angegliedert werden, zwischen diesem und dem Allgemeinen Gottesacker und zwar so, daß die Figur des betenden Kriegers in der Achse der ganzen Anlage steht und in die Begräbnisstätten hineinragt. Eine halbrunde Brüstungsmauer schließt das Denkmal nach hinten ab, während die Verbindung mit dem Vorhof durch lebende Hecken hergestellt wird. Bei einer örtlichen Besichtigung im Beisein von Herrn Gartenarchitekten S. Maack wurde auf dessen Vorschlag das Denkmal nach um 5 Meter weiter vom Vorhof zurückgerückt, um dem Beschauer beim Eintritt in den neu zu schaffenden Platz ein besseres Gesichtsfeld zu geben. Diese Abänderung des bisherigen Entwurfes wird demnächst der Friedhofsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden, die sich voraussichtlich mit dieser erheblich verbesserten Platzlösung einverstanden erklären wird, sobald die vorbereitenden Arbeiten dann sofort in Angriff genommen werden können.

Produktive Arbeitslosenfürsorge. Die durch die große Teuerung verursachte winterliche Not wird durch die andauernd zunehmende Verflechtung des Arbeitsmarktes immer mehr vergrößert. Deshalb ist es Aufgabe der Produktiven Arbeitsfürsorge gewesen, die nötigen Arbeiten vorzubereiten, um möglichst vielen Arbeitslosen lohnende Beschäftigung zu geben. Die Zahl der zur Zeit bei der Fürsorge beschäftigten Arbeiter — ungefähr 90 — kann um das mehrfache erhöht werden, wenn die Bevölkerungsfreiheit sich mehr als bisher mit freiwilligen Beiträgen an der Fürsorge beteiligt. Es ergeht deshalb wiederholt die dringende Bitte an alle die, welche die Fürsorge bislang unterstützt haben, aber auch an die, welche sich immer noch fernhalten, angesichts der so großen Not die Produktive Arbeitsfürsorge mit Mitteln

zu unterstützen. Die Fürsorge bestand am 1. Oktober 1922 bereits 1 1/2 Jahr und die Opferwilligkeit der lübeckischen Bevölkerung muß es ermöglichen, daß gerade in diesem Winter, der uns besonders schwer beorriecht, die Arbeitslosenfürsorge nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut werden kann. Die Eingänge der freiwilligen Beiträge in den letzten Monaten lassen leider deutlich erkennen, daß sie sich nicht den gesteigerten Löhnen und Gehältern angepaßt haben. Es muß deshalb die dringende Bitte ausgesprochen werden, die prozentualen Beiträge der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Produktive Arbeitsfürsorge nach dem jetzigen Gehalt zu zahlen. Wenn dieses geschieht, wird es zweifellos möglich sein, den jetzt beschäftigten Arbeitslosen und vielen anderen für die kommenden Wintermonate durch die Fürsorge lohnende Beschäftigung zu verschaffen.

Der Nordgiebel des Kanzeigebäudes nach der Breiten Straße wird zurzeit instandgesetzt. Der bauliche Zustand der Fassade war derartig bedenklich geworden, daß eine Instandsetzung nicht mehr aufgeschoben werden durfte. Vor allen Dingen waren die reich ornamentierten Fensterbrüstungen des 1. Stockwerkes derartig verwittert, daß ihre Erhaltung bei weiterem Warten unmöglich geworden wäre. Jetzt können sie für die Ersatzstücke als Vorbild benutzt werden und sollen später in das St. Annenmuseum überführt werden. Bei den Bauarbeiten hat sich herausgestellt, daß auch die zu beiden Seiten des Giebels angebrachten Basen sich in ihrer Verankerung schon so gelöst haben, daß die Gefahr des Herunterstürzens bei Sturm nicht ausgeschlossen war. Ebenso hatten sich die provisorisch aus Gips angebrachten Masten der markierten Fenster des Giebels gelöst. Während nach übereinstimmenden Angaben der Chroniken der nördliche Teil des Kanzeigebäudes 1614 erbaut wurde, läßt sich nicht feststellen, welche Zeit die am Giebel unorganisch angebrachten Gipsornamente hinzugefügt hat. An dem jetzt von dem Png gesäuberten Giebel ist aus der Lagerung der Jugen deutlich die ursprüngliche Form zu erkennen. Erst nach Beendigung der Arbeiten wird sich zeigen, daß die Fassade gut abgewonnene Verhältnisse hat. Die elektrische Belichtung der Uhr am Giebel ist aus Soarlamteitgründen entfernt worden und auch weil der große Schirm außerordentlich verunfallend wirkte. Die späten Spaziergänger werden die erleuchtete Uhr entbehren müssen, bis einmal bessere Zeiten uns diesen Luxus wieder gestatten.

Luciano Albertini, der tollkühne Springer, ist im Central-Theater in der Kobanstraße eingezogen und zeigt in dem berühmten gewordenen Film „Die Heimkehr des Odysseus“ seine konkurrenzlosen Waghastigkeiten. Albertini ist ein sympathischer Mensch, der neben seinen artistischen Meisterleistungen ein guter Schauspieler mit sehr geminnenden Manieren ist. Harn Spiel ist nicht nur übertrieben, er ist glänzend geschlagen worden. Das Theater ist dauernd voll besetzt und wenn es nicht, wie bei den Farty-Filmen vor Lachen dröhnt, so ist doch dank der originellen Neuigkeiten Albertinis ein überaus humorvolle Stimmung im Hauke. Das Programm bietet weiter noch zwei interessante Ertaufführungen. Auch ist die Musik seit einiger Zeit bedeutend besser geworden, was rühmend hervorgehoben werden muß.

Der Sozialdemokratische Abwehrkämpfer ist für das Jahr 1923 von der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Pflanzstraße 3, wiederum neu herausgegeben worden. Der Kalender hat sich in vielen proletarischen Familien seit Jahren das Bürgerrecht erworben. Die Ausstattung ist überaus ansprechend, der Inhalt wesentlich erweitert. Als Bildbeilagen werden diesmal 24 Porträts sozialistischer Kämpfer und führender Genossen aus der Internationale gegeben, in Kupferdruck wirkungsvoll ausgeführt. Die Rückseiten der einzelnen Tagesblätter stellen den wertvollsten Teil des Kalenders dar. Genau statistische Angaben über sämtliche gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Zentralverbände sowie Kräfte aus allen Wissensgebieten, belebt von Gedichten, Aussprüchen und Zitaten mütlich großer Menschen aller Kulturen, geben dem Kalender das einzigartige Gepräge und sind ein sozialistisches Quellenwerk ersten Ranges. Der Preis beträgt 125 Mf. Zu beziehen durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“.

Die Diensträume der polizeilichen Hafen- und Grenzüberwachungsstelle befinden sich seit dem heutigen Tage in dem Nordflügel des Schuppens 9 der Handelskammer bei der Subbrücke. Fernsprecher wie früher: 914.

pb. Gefunden wurden in einem Garten der Wallstraße sieben Ritten Harzer Köh. Die offenbar von einem Diebstahl herrühren. Der rechtmäßige Eigentümer soll sich im Bureau der Kriminalpolizei melden.

pb. Diebstähle. Vom Hause eines Restaurants in der Einriedelstraße wurden 4 Regentmäntel aus Zink abgerissen und gestohlen. — Aus dem Jadedt eines Oberrealschülers wurde im Auskleideraum am Baumstapf eine Brieftasche, enthaltend eine Dollarnote und Postkarten, auf den Namen Rudolf Hein lautend, sowie eine Anzahl Sowjet-, polnische und litauische Briefmarken und 50 Mark in bar gestohlen. — Der Frau eines Sifenbahnbeamten wurde, als sie vor einem Schaufenster bei Karstadt stand, aus der Handtasche eine Papiergeldtasche mit 6000 M. gestohlen. — Der Ehefrau eines Schneidemeisters wurde ein Schatkelkasten im Werte von 28 000 M. gestohlen, den sie an die Garderobe eines Restaurants in der Großen Burgstraße gehängt hatte. — In den letzten Tagen wurden fünf Fahrräder gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Bestattungswesen. Heute, Freitag abend 7 1/2 Uhr, ist in den Zentralhallen, Dankwartstraße eine öffentliche Versammlung. Damit beginnt die Werbetätigkeit der Notgemeinschaft 1922 zu Lübeck.

Stadtheater. Sonnabend: „Julius Cäsar“. Zu dieser Vorstellung erhalten sämtliche Schüler gegen Ausweis der Schulen halbe Preise.

Harztheater. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr: „Sol mich der Teufel“. Sonnabend: „Bajazet“.

Angrenzende Gebiete.

p. Bad Schwartau. Stadtratsitzung. In der Sitzung am Montag bemängelte zunächst die sozialdemokratische Fraktion die Abhaltung einer öffentlichen Sitzung in einem kleinen Magistratsbureau, in dem nicht einmal für Sitzgelegenheit Sorge getragen war, so daß die Zuhörer stehen mußten. Sie hält diesen Zustand für unhaltbar und ersucht den Magistrat, sofort bei der Regierung um Ueberlassung des Schöffengerichtsbaales im Amtsgerichtsgebäude vorstellig zu werden. Der Stadtrat nahm einstimmig das Angebot von einer privaten Anleihe in Höhe von einer Million an und beschloß, da nur ein niedriger Zins gefordert ist, den sich zum heutigen Zins ergebenden Prozentsatz zum Wohnungsbau zu verwenden. Die Anleihe läuft auf drei

Natürliche volle Formen

und jugendfrisches Aussehen sind der Wunsch vieler Frauen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Ivora-Kerne zu kaufen, die erprobte, völlig unschädliche Stoffe von ansahrfördernder Wirkung enthalten. Davon nehmen Sie 3mal täglich 2—4 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothek, Mengstr. 10. (9478)

